

Danziger Zeitung.



No 6529.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 Rthl. 15 Sgr. Auswärts 1 Rthl. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neimeyer und Aud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hakenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

Lotterie.

Bei der am 8. Februar fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse 143. Kgl. Klassen-Lotterie fielen 2 Gewinne zu 600 Rthl. auf Nr. 36,250 und 81,281. 2 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 47,434 und 85,038. 5 Gewinne zu 100 Rthl. auf Nr. 14,043, 36,478, 39,720, 56,887, 64,233. Bei der am 9. Februar beendigten Ziehung fiel der Hauptgewinn von 10,000 Rthl. auf Nr. 93,859. 2 Gewinne zu 2000 Rthl. fielen auf Nr. 68,532 und 93,057. 1 Gewinn von 200 Rthl. fiel auf Nr. 75,354. 3 Gewinne zu 100 Rthl. auf Nr. 46,020, 52,951 und 75,475.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Brüssel, 12. Febr. Das aus Paris hier eingetroffene Journal „Mot d'Ordre“ vom 11. d. M. enthält folgende Angaben über die Pariser Wahlen. Es erhielten Louis Blanc 77,000, Victor Hugo 75,000, Quinet 75,000, Garibaldi 71,000, Rochefort 69,000, Schöller 69,000, Gambetta 66,000, Admiral Saissier 65,000, Admiral Pothiau 63,000, Descluze 61,000, Piat 60,000, Decroix 60,000, Thiers 57,000, Ranc 55,000, Voignear 54,000, Dorian 45,000, Malon 44,000, Fiquet 44,000 Stimmen. Dem Vernehmen nach wird Jules Favre sich am Montag nach Bordeaux begeben. Alle Dekrete, welche den Verkauf von Lebensmitteln regeln, sind seit Donnerstag zurückgezogen. Der Viehmarkt in La Bilette ist wieder eröffnet worden. Viele Journale führen lebhaft Klage über die durch das Treiben der Francis-tireurs veranlasste Unsicherheit des Eigentums.

London, 12. Febr. Dem Vernehmen nach wird die Militär-Vorlage der Regierung auch einen Credit für Vornahme der Vermessungsarbeiten für Errichtung von Festungsstellungen um London und zwischen London und der Küste beanspruchen. Für die Häfen von Dover und Harwich und Malta werden Befestigungen beantragt werden.

Wien, 12. Febr. In Folge Eis-Anstauung ist das Wasser im Donaukanal erheblich gestiegen, so daß ein Theil der Vorstädte Leopoldstadt und Rossau überschwemmt ist.

25. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. Februar.

Gesetz-Entwurf betr. die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Die Commission hat fast durchweg die Regierungsvorlage wieder hergestellt; mit ihren sonstigen Amendirungen hat sich die Regierung durchweg einverstanden erklärt. Die vornehmste Bestimmung des Bundesgesetzes besteht bekanntlich darin, daß zweijähriger Aufenthalt an einem Orte diesen als Unterstützungswohnsitz bestimmt. Die bisherigen Armengesetze in den alten und neuen Provinzen sollen durch die Vorlage ersetzt werden. Das Herrenhaus hat aus derselben eine Anzahl sehr wichtiger Bestimmungen ausgewerzt und u. A. eine Exemption der Rheinprovinz in Bezug auf das wichtige Prinzip beschlossen, daß fortan die Gemeinde ausschließlich mit dem Armenwesen betraut und alle sonstigen Verhältnisse von dieser Function ausgeschlossen werden sollen. Die liberale Partei wird ohne Zweifel den Beschluß des Herrenhauses zu unterstützen suchen, und die Forderung, daß alles vor der französischen Zeit den Religionsgesellschaften zugehörige Vermögen aus dem öffentlichen Armenvermögen jener Provinz wieder herausgegeben werde, wird laut werden. Heute liegen etwa 30 Amendements vor, andere werden eingebracht. Die liberalen Fractionen enthalten sich derselben durchaus, indem sie die Vorschläge der Commission als ein Compromiß betrachten. Referent v. Rauchhaupt verzichtet zunächst auf das Wort, so daß sofort in die Specialdiscussion eingetreten werden kann. § 1 der Vorlage bestimmt im Allgemeinen die Verpflichtung zur Gewährung der Unterstützung. Die Commission des Abgeordnetenhauses hat in demselben die nachfolgenden Worte eingeschaltet: „Die Unterstützung kann geeigneten Falles, so lange dieselbe in Anspruch genommen wird, mittelst Unterbringung in einem Armen- oder Krankenhause, sowie mittelst Anweisung der den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeiten gewährt werden.“

— Abg. Rasse und Genossen beantragen einzuschließen: „Der Hilfsbedürftige hat sich für die Dauer der Unterstützung in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen der Aufsicht und Leitung der öffentlichen Armenpflege zu unterwerfen, welche die öffentlichen Armenpflege verwaltenden Behörde zu unterwerfen. Dieselbe kann die Unterstützung an die Bedingung einer den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeitsleistung sowie an den Eintritt in ein Arbeits-, Armen- oder Krankenhause knüpfen.“ Wenn ich der Behörde die Befugnis zuerkennen will, die Unterstützung von dem Eintritt in ein Arbeitshaus abhängig zu machen, so geschieht es, weil ich die Arbeitshäuser als ein Hauptmittel zur Verhütung der großen Gefahren ansehe, welche mit der gesetzlichen Verpflichtung zur Unterstützung aller Hilfsbedürftigen verknüpft sind. Sie sind ein Prüfungsmittel für wirkliche Noth, ein Buzmittel für zweifelhafte Arme. Der erste Theil des Antrags geht von der Ansicht aus, daß, wenn eine Ueberwachung notwendig ist, den Behörden die nöthigen Befugnisse gewährt werden müssen. Der Arme steht dem Armenpfleger gegenüber, wie der Kranke dem Arzt. Er ist nicht gezwungen, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen, sobald er es aber thut, muß er sich seinen Anordnungen unterwerfen. Es ist gut, daß dem Armen, der die öffentliche Unterstützung in Anspruch nimmt, gesagt wird: Du trittst damit in ein Abhängigkeitsverhältnis! Nur so können wir die Einflüsterungen jener Parteien entkräften, welche an der Entfremdung der besitzlosen und besitzlosen Klassen ein Interesse haben und den letzteren sagen werden: Ihr braucht nicht zu arbeiten und zu sparen; Ihr habt Anspruch auf öffentliche

Unterstützung! — Minister v. Eulenburg: Die Regierung wird befreit sein, die Differenzen zwischen den Beschläffen der beiden Häuser auszugleichen. Als einen wichtigen Schritt zu dieser Ausgleichung betrachte ich den Antrag des Vorredners. Das Herrenhaus wird sich mit anderen Aenderungen leichter versöhnen, wenn den Armenbehörden durch die Befugnis, ihre Pflegebefohlenen einem Arbeitshause zu überweisen, ein Correctionsmittel gegen einen Mißbrauch dieses humanen Gesetzes in die Hand gegeben wird. — Abg. Becker (Dortmund). So lange das Arbeitshaus als Strafanstalt betrachtet wird, darf damit den Armen nicht gedroht werden. Der Zweck des Abg. Rasse wird auch durch die Comm. Vorschläge erreicht. Wir können diese Amendements nicht annehmen, ehe wir eine gute Kreis- und Gemeindefürsorge, eine gute Provinzialverwaltung haben, ehe unsere Steuerreform gründlich revidirt ist; bis dahin führen sie uns nur zu endlosen Debatten. In der Commission hat Jeder nachgegeben und ihre Beschläffe sind Vergleichsbeschläffe. Wenn die Amendements darauf ausgehen, diese Vergleiche zu künden, so gebührt keine Prophezeiung dazu, dieser Vorlage dasselbe Schicksal zu prophezeien, wie der Kreis- und Gemeindefürsorge. Wenn dies Gesetz über Scheitert, so liegt darin das Eingeständnis, daß die preussische Gesetzgebung nicht gleichen Schritt halten kann mit der des Bundes. (Beifall). — Abg. Rasse zieht das Wort Correctionshaus aus seinem Antrag zurück. — Abg. Simon v. Baskrow: Das Wort war mir gerade das liebste. (Heiterkeit). — Abg. Lasker: Ich schließe mich der Bitte des Abg. Becker an, alle Anträge, die nicht die prinzipielle Bedeutung haben, abzulehnen. In der Commission sind die verschiedenen Ansichten zum Abschluß gebracht. Auch ich bin in der Commission bei Fragen, die mir sehr am Herzen liegen, unterlegen; ich hüte mich aber, meine Anträge hier wieder vorzubringen. Bringen wir das Gesetz nicht zu Stande, so drängen wir die Regierung auf den Weg der Oetropirungen. Wollten wir in der Weise des Abg. Rasse fortfahren, so bräuchten wir mindestens 14 Tage. Der Herr Minister hat mit jener lobenswerthen Klarheit, die ich schon oft an ihm bewundert habe, sofort die ganze Tragweite des harmlosen Wortes übersehen; er setzt nach dem jetzt üblichen Sprachgebrauch für Arbeitshaus Correctionshaus an. Damit wäre der schändlichste Wunsch des Herrenhauses erfüllt. Die Verwaltungsbefugnisse würden schon dafür sorgen, daß die Arbeitshäuser bevollstetigt werden. Was soll geschehen, wenn in Folge des bestallungswichtigen Antagonismus unserer Gesetzgebung dies Gesetz nicht zu Stande kommt? Der Reichstag müßte einschreiten, denn er hat das höchste Interesse daran, seine Beschläffe ausgeführt zu sehen. Nichts mehr würde Wasser auf die Mühle unserer Feinde sein, als daß die preussische Regierung einen Bundesbescheid nicht ansühnen kann, weil die beiden gesetzgebenden Körper des größten deutschen Staats sich für bankrott erklärt haben. (Bewegung.) Ich habe soviel Vertrauen zu dem Patriotismus des Herrenhauses, daß es sich fügt, wenn es sieht, daß wir mit Ernst und unter Verzicht auf hereditäre Wünsche das Gesetz ins Leben treten zu lassen entschlossen sind. Der Allem aber ist es unsere Pflicht, die kostbare Zeit nicht mit der Erörterung unregelmäßiger Fragen zu vergeuden! Zu meiner großen Freude ist das Amendement Rasse jetzt so gestaltet, daß die rechte Seite kaum für dasselbe stimmen wird. — Abg. Rasse zieht seinen Antrag zurück. (Bravo.) § 1 wird in der Fassung der Commission angenommen. — § 2, welcher die Organe der öffentlichen Unterstützung feststellt, wird in der Fassung der Commission angenommen. Desgleichen § 3 (Deputationen für Armenpflege in der Gemeinde) mit folgendem Befuge des Abgeordneten v. Webell. Waldow; Ortspfarrer oder deren Stellvertreter, deren Pfarrbezirk über die Grenzen der politischen Gemeinde ihres Wohnortes sich erstreckt, sind hinsichtlich des in der auswärtigen Gemeinde belegenen Kirchspiels theils den dortigen Orts-Einwohnern gleich zu achten. — § 4 (Gründe für die Befreiung von der Verpflichtung, eine unbesoldete Stelle in der Verwaltung oder Vertretung der Gemeinde anzunehmen), desgleichen 5-7 werden unverändert in der Fassung der Commission genehmigt. — Zu § 8 (die Gutsbesitzer haben in den Gutsbezirken die Kosten der öffentlichen Armenpflege gleich den Gemeinben zu tragen) liegen verschiedene Amendements vor, deren Discussion das Haus um 4 Uhr unterbricht.

27. Sitzung.

Weitere Verathung des Armengesetzes. § 8: „Die Gutsbesitzer haben in den Gutsbezirken die Kosten der öffentlichen Armenpflege gleich den Gemeinben zu tragen.“ — Abg. Scholz will hinter „haben“ einschalten: „da wo dies seither schon der Fall war.“ Zu diesem § 8 werden Zusätze beantragt: 1) von Scholz: „Steht der Gutsbezirk nicht ausschließlich im Eigentum des Gutsbesitzers, so ist auf dessen Antrag ein Statut zu erlassen, welches die Aufbringung der Kosten der öffentlichen Armenpflege in dem Gutsbezirk anderweitig regelt und den mit heranzuziehenden Grundbesitzern oder Einwohnern eine entsprechende Beteiligung bei der Verwaltung der Armenpflege einräumt. Das Statut wird, wenn sich die Beteiligten nicht vereinigen, durch den Kreisstag festgestellt und muß hinsichtlich der Regelung der Beitragspflicht den gesetzlichen Bestimmungen folgen. Dasselbe unterliegt der Bestätigung der Bezirks-Regierung.“ 2) Von Springer: „Insofern schon seither andere Einwohner des Gutsbezirks zu solchen Kosten Beitrag geleistet haben, bewendet es dabei, sowie in Ansehung der Aufbringungsweise der Kosten. Auf den

Antrag des Gutsbesitzers oder der Mehrzahl der Beitrag leistenden Einwohner ist in Betreff der Kosten und der Verwaltung der Armenpflege ein Statut zu erlassen, welches nach Anhörung der Beteiligten von dem Kreisstage festgestellt und von der Bezirksregierung bestätigt wird.“ 3) Von Lasker: „Wo jedoch bisher außer dem Gutsbesitzer andere Grundbesitzer oder Einwohner des Gutsbezirks an den Kosten der Armenpflege Theil genommen haben, bleibt diese Gemeinschaft fortbestehen, mit der Maßgabe jedoch, daß die Höhe der Beitragspflicht nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Vertheilung der Communal-lasten zu regeln und allen Verpflichteten ein wirksamer Raththeil an der Verwaltung der Armenpflege einzuräumen ist. Ueber Beides ist ein Statut zu erlassen, welches, wenn nicht sämtliche Beteiligte sich vereinigen, nach Anhörung derselben von dem Kreisstage beschlossen wird und der Bestätigung durch die Bezirksregierung unterliegt.“ — Abg. Miquel: Die Commission wolle nur den bestehenden Rechtszustand aufrecht erhalten und dem Gutsbesitzer weder neue Lasten auferlegen, noch auch ihn vor der Zeit entlasten und dadurch das Zustandekommen einer guten Gemeindeordnung erschweren. — Abg. Springer: Das Amendement Lasker entspreche am wenigsten den Wünschen der Beteiligten und der Tendenz des Gesetzes. — Abg. Lasker: Wir ist erst seit gestern klar geworden, daß, wenn die Communalverfassung Gesetz wird, einzelne Landbesitzer geschädigt werden. Es ist aber zuviel verlangt, daß wir den Gutsbesitzern alle Lasten abnehmen und alle möglichen Vortheile des Grundbesitzers belassen sollen (Ho!) — Grundbesitzer ist vielleicht ein Wischen zu hoch gegriffen — große Heiterkeit. Zugabe ist vielleicht, daß die Gutsbesitzer das Vergnügen, „Gemeinde zu spielen“ etwas theuer bezahlen; aber treten Sie doch mit Ihren Gütern in die Communen ein, und Sie werden besser fahren; bei uns werden Sie für diesen Zweck immer lebhaftere Unterstüzung finden. Zu meiner großen Freude hat ein orthodoxes Mitglied der altconservativen Partei, Hr. Schwarmweber, es erklart, daß der drückende Schaden der Gutsbesitzer in der Organisation der untersten Grundlagen liegt; nun, wenn Sie hier reformieren wollen, so will ich Ihnen helfen; so lange aber die Gutsbesitzer Gemeinben sind, sollen sie auch dem Prinzip gemäß neben allen Vortheilen auch die Lasten davon tragen. — Abg. v. Meyer: Wir sollen die Lasten der alten Gemeindeverfassung bis zu einer neuen tragen. Durch Kreisstage-Protocolle kann ich Ihnen zeigen, daß wir darauf schon vor mehr als 20 Jahren vertrittet wurden; und wenn Sie mit Lasker'schen Amendements fortfahren, haben wir sie nach 20 Jahren auch noch nicht. Ich glaube, daß wir eine gute Kreis- und Gemeindeordnung nur durch eine Oetropirung erhalten können. (Ho!) In dem von mir verwalteten Kreis trägt ein großes Gut, im Werth von über 200,000 Thaler, die Last der Armenpflege; abgezweigt davon ist eine Parzelle von 100 bis 200 Morgen, auf welcher sich die Papierfabrik der „Vossischen Bg.“ befindet. Diese beschäftigt eine große Zahl von Arbeitern, und die Beamten derselben mußte dem Gesetze nach der Gutsbesitzer unterhalten. Er ließ sich daher jeden zuvor vorstellen, um seine Arbeitsfähigkeit zu constatiren. Die für beide Theile daraus resultirenden Unquemlichkeiten führten später zu einem Privatabkommen, wonach die Fabrik für ihre Armen selbst sorgt. Aehnliche Verhältnisse auf dem Lande finden sich häufig. Nun rathen uns die Abgeordneten Lasker und Miquel, in den Communalverband einzutreten; dies aber ist nicht möglich; denn wir haben keine Communalvertheilung außer der Armenpflege, höchstens noch die Wahl des Schulens, die beim Koffee gemächlich abgemacht wird. Aber dazu kommt noch, daß die Bauern wie ein Mann erklären: „wir wollen die Gutsbesitzer nicht unter uns haben.“ Herr Lasker bemerkt ich, daß man auf den Kreis tagen nicht lauter Seigneurs findet, sondern gar viele Leute, die dem Abgeordneten Lasker weit näher stehen als uns. — Abgeordneter Warburg erklärt sich gegen alle Amendements und für die Fassung der Commission, welche bestehende Rechtszustände bestätige. Abg. Scholz: Meinen Antrag hat Lasker gar nicht verstanden; er ist der Verantwortlichkeit, der Zweckmäßigkeit und der Gesetzgebung entsprechend und auf ihre logische Auffassung, nicht freilich auf eine Captation Ihres Wohlwollens berechnet. (Sehr gut rechts.) Ein ganz ungerechter Vorwurf gegen uns ist es, daß wir das Recht und die Last nicht mit andern Gemeinbenmitgliedern theilen wollen. An diesem falschen Vorwurf erkennen wir die Tendenz des Lasker'schen Amendements, welches überhaupt gegen die Gutsbesitzer gerichtet ist. Wir wollen aber Gesetze nicht nach Tendenzen, sondern nur der Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit schaffen. Der Abg. Miquel sagt nun, Recht und Last sollen sich decken; ich hätte auch Recht mit meinen Bedenken, aber wir sollten warten. Nun, wir wollen nicht warten, mein Amendement will eben nur Recht und Last gleichmäßig vertheilen und trifft sicherlich in den wichtigsten Punkten das Richtige. — Bei der Abstimmung wird die Einschaltung von Scholz § 8 („da, wo dies seither schon der Fall war“) abgelehnt. Der Zusatz von Scholz aber wird, wie die Zählung ergibt, mit 179 gegen 162 Stimmen angenommen (dafür stimmt die katholische Fraction, geschlossen mit den Conservativen und einem Theil der Freiconservativen) und mit diesem Zusatz der ganze § 8 von eben derselben Majorität. § 10 der Commission enthält die Bestimmungen, nach denen, soweit die Verfassung der bestehenden Communal-Armenverbände nicht durch gesetzliche oder statutarische Vorschriften geregelt ist, das Statut zu Stande kommen soll, das nach Anhörung der Beteiligten vom

Kreisstage beschlossen und von der Bezirksregierung bestätigt wird. Zu diesem Zweck wird eine besondere Repräsentation von den Gemeinben gewählt. Die Vertheilung der Kosten der Armenpflege auf die Gemeinde- und Gutsbezirke erfolgt nach dem Maßstabe der in ihnen aufkommenen directen Staatssteuern. Das Einkommen der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, welche außerhalb des Bezirks des Armenverbandes wohnen, mit Einschluß der juristischen Personen, der Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften, wird hinsichtlich der Klassen- und Einkommensteuer für den Bezirk verhältnismäßig veranlagt. Das Einkommen, welches aus außerhalb belegenen Grundbesitz oder Gewerbe fließt, ist außer Berechnung zu lassen. Die Vorlage der Regierung will die Kosten auf die einzelnen Gemeinben und Gutsbezirke nach dem Maßstabe der Grund- und Gebäudesteuern vertheilen. Dagegen hat das Herrenhaus beschlossen: Die Vertheilung der Kosten der gemeinsamen Armenpflege auf die einzelnen Gemeinde- und Gutsbezirke erfolgt, sofern sich die Beteiligten nicht einigen, durch das Statut. Die Fassung der Commission beantragt 1. v. Meyer: dahin abzuändern: „Die Vertheilung erfolgt in Ermangelung anderweitiger Einigung nach dem Maßstabe der Klassen- und Einkommensteuer.“ 2. v. Schorlemmer: „nach dem Maßstabe der Klassen- und Einkommensteuer, der Gewerbesteuer in Klasse A. 1 und 2, sowie der halben Grund- und Gebäudesteuer.“ — Abg. One ist: „Bei der Frage, wie Dorf und Gutsbezirk zu gemeinsamer Armenlast beizutragen haben, stoßen eine alte und eine neue Welt aufeinander. Vor 100 Jahren war jeder Gutsherr die personifizierte Armen-, Polizei-, Wege-, Kirchen- und Schullast. Zwischen durch lagen die Bauerneinben und Städte, die die analoge Last als Corporationen trugen. Heute hat sich das Gemeinbenleben als die Grundlast immer weiter ausgedehnt und als Ruinen ragen noch darunter die alten Gutsbezirke mit ihren historischen Lasten hervor. Nehmen wir einen Fall, in welchem das Vermögen des Guts herrn sich ungefähr noch mit dem Werth des Gutes deckt, also einen Gutsherrn mit 10,000 Rthl. Einkommen, der etwa 500 Rthl. Grundsteuer und 200 Rthl. Einkommensteuer zahlt. Ihm gegenüber stehen die Bauern und kleinen Leute mit zusammen 200 Rthl. Klassensteuer. Gutsherr und Gemeinbe tragen jeder die Hälfte der Gemeinbelasten. Nun verkauft aber der Gutsherr plötzlich sein Gut an einen reichen Nachbar, dem die Lage des Herrnsitzes besonders gefallen hat. Der reichere Herr zieht an mit 600 Rthl. Einkommensteuer und verweist mit einem Schläge die Bauerngemeinde in die glückliche Lage, daß er 1/2 die Bauern nur 1/4 der Gemeinbelasten tragen. Allein die Freude der Bauern ist eine sehr kurze. Der reiche Herr hat Bekanntschaften in Berlin, er speculirt in Rumänien, er hat einen Sohn bei der Cavallerie u. s. w., in einem Jahre ist das Vermögen sequestrirt, der Herr wird vielleicht noch Anstands halber zu 24 Rthl. Klassensteuer eingeschätzt und die Lasten der Bauern sind plötzlich verdreifacht, sie tragen die Gemeinbelasten so gut wie allein. (Heiterkeit.) Sie werden sagen: das Gut muß seinen Antheil tragen. Allein diese Gerechtigkeit gilt auch umgekehrt. Die Gemeinbe hat kein Recht zu fordern, daß der reiche Herr sein großes Vermögen, vielleicht dreifach höher als der Gutswirth, ausschließlich für eine Bauerngemeinde besteuern lasse. Es setzt sich aus sehr verschiedenen Quellen zusammen, die schon vom Staat und von anderen Communen besteuert sind. Der Gesetzgeber hat dies allmählig eingeschaut und zog zuerst alles ab, was der Gutsbesitzer aus Grundbesitz bezieht, die außerhalb der Gemeinbe liegen; dann das Einkommen, was aus Gewerbe und Fabrikation von außerhalb bezogen wird. Allein consequent gilt das Subtractionsexempel auch vom Einkommen aus jedem Einkommen, welches nicht im Gemeinbezirk fixirt ist. Alle Widersprüche in unserem Kreis- und Gemeinbesteuerungssystem rühren überhaupt von der laissee aller des Gesetzgebers her, der es den Gemeinben gestattet, überall nach dem reinen Einkommen zu greifen. Allein diese Razzia der Einzelgemeinben auf jedes Personaleinkommen hat noch viel ernstere Folgen. Der Bestwechsel nimmt ein immer rascheres Tempo an, Handel und Gewerbe verändern die Steuerbasis auch des Dorfes, jeder Dampfschornstein bringt eine vibrirende Bewegung in die Steuerbasis der sonst so stabilen Landgemeinben. Die Folgen dieser Zustände lehrt Frankreich. Der französische Adel hatte einst die Abwehr aller Gemeinbelasten zum Lebensgrundgesetz gemacht, die Revolution brach ihn, der Empereur zog den Grundbesitz zu schweren Grundsteuern, alles Vermögen zu schweren Personalsteuern heran, hat aber immer nur für den Staat gesorgt; der Gemeinbe blieb überlassen, sich durch Zusatz-Centimes ihre Bedürfnisse zu beschaffen. Politiker von Fach versicherten nun, die Selbstverwaltung besteshe darin, mit Erlaubnis der Präfecten sich und seine Nachbarn zu besteuern. Das Herrenhaus nennt diese Einrichtungen Statuten über die Besteuerung. Die Steuerphilosophie der Lokalinteressen ist aber unabänderlich dieselbe: selbst möglichst wenig zu zahlen und den Nachbar möglichst viel zahlen zu lassen. Daraus entsteht die Vorliebe für die Einkommensteuern, die man in die Communen hineinzieht. Allein es geht nicht an, daß man die Communen als Mobilien-Versicherungsgesellschaften behandelt und den Majoritätsbeschläffen der Interessenten die Grundlasten überläßt, über die sich der Gesetzgeber schlüssig zu machen hat. Zunächst hat der Grundbesitz einen practischen Vortheil von dieser Abwehr der Reallasten nicht gehabt. Wenn in den Gemeinben unseres Rheinlandes die Steuer-

zuschläge für die Communen auf 200 und 300 Procent, zuweisen auf 600 Procent der Staatssteuern gemacht sind, so muß der Grundbesitz dabei nicht weniger bezahlet als unter einem Realsteuerhystem. Der wichtigste Erfolg aber ist, daß unter diesem Mobilienhystem keine wirklichen Gemeinverbände entstehen. Es entstehen keine Polizeiverbände, sondern Polizeibezirke, keine Armenverbände, sondern Armenbureaus, kein Gemeinfinn, sondern eine wachsende Bevormundung durch die Staatsbeamten. Es entsteht noch weniger eine Verschönerung des Besitzes und der arbeitenden Klassen. Der dritte und der vierte Stand treten sich immer feindseliger gegenüber. Die drei- und vierfache Einkommensteuer, welche die bestehenden Klassen schon zahlen, beantwortet der arbeitende Mann nur mit der Forderung einer Progresssteuer. Es sind dies die Folgen eines Steuerhystems, durch welches im Nachbarverband grundsätzlich jeder Mann nur gewöhnt wird, die gemeinen Lasten abzuwälzen, sein unsichtbares Einkommen zu verheimlichen, das Einkommen seines Nachbarn hinaus zu schieben. In dem Gewirr dieser Zustände sollten wir endlich Ruhe, Festigkeit und Communalhina in die Gemeinverbände zurückführen. Und dafür giebt es keinen andern Weg als den, die Gemeinlasten an den Communalbesitz zu heften nach einem festen, sichtbaren, gleichmäßigen Maßstab. Auf dieser realen Natur der Communalaffären beruht die Verfassung aller deutschen Land- und Stadtgemeinden wie der Gutsbezirke. Darauf beruhen unsere ständischen Verhältnisse in ihrer Berechtigung und in ihrem Niedergang. Wir haben darin gefehlt, daß wir verkannt haben, sowie es England gethan hat, dies Verhältniß fortzuführen durch jährliche Einschätzungen des stabilen Realeinkommens, auf dem allein ein wirklicher Communalverband beruhen kann. Der Maßstab für das feste Einkommen aus fixem Besitz, aus Acker und Gebäude, aus Handel, Gewerbe, Industrie und Ackerbauindustrie ist der Wirthschafts- und Pachtwerth des zum Gemeinde-Verband gehörenden Besitzes, über den sich streiten, der sich aber nicht verbergen läßt, für den man auch keine theuren Cataster zu machen braucht, der sich vielmehr vollkommen sicher einschätzt. Die gewaltige Bedeutung der an den Boden gehetzten Gemeinbesteuer ist aber nicht bloß eine wirtschaftliche. Der entscheidende Grund dafür ist vielmehr, daß er dem Besitzer die dauernde Zugehörigkeit und Pflicht des Nachbarverbands zur dreierlei Gewohnheit macht und in lebendigem Bewußtsein hält, daß ein Gut, ein Bauernhof, ein Haus, eine Werkstätte, ein Acker mehr sind, als eine bloße Production- und Consumtionsstelle, daß sie vielmehr die dauernde Wirkkraft sind, auf der sich der Mensch gewöhnen soll seine Pflichten gegen den Nebenmenschen zu erfüllen, zuerst im engeren Kreise, bevor er sich mit den allgemeinen Fragen der Politik und der Menschheit zu beschäftigen beginnt. (Beifall) Die Verfassung der Staaten und der Charakter der Völker haben sich nirgends bestimmt durch die Theorien der Politiker von Fach, sondern durch die praktische Verteilung der Armenlast, der Polizeilast, der Schullast und der Wegelast unter die Nachbarn. — Der Redner schließt unter lebhaftem Beifall, mit dem Wunsch, daß alle Amendements abgelehnt und die Commissionssatzung des § 10 angenommen werden möge und zwar in namentlicher Abstimmung, damit jeder sein Bistüm öffne. — Abg. Elener v. Gronow: Die Mittel zur Bekämpfung eines großen socialen Nothstandes müssen principaliert von denen aufgebracht werden, welche diesen Nothstand hervorgerufen haben. An dem allgemeinen Pauperismus tragen aber weder die Landbewohner, noch die kleinen Gewerbetreibenden, noch auch der Kaufmannsstand Schuld, sondern einzig und allein das Capital, das sich von der Arbeit losgelöst hat. Das Capital, das sich in den Actien-Gesellschaften verkörpert, ist nur noch scheinbar mit der Arbeit verbunden; dem Couponschneidenden werden sie schwerlich als Arbeit betrachtet. Neben den Palästen, in denen der Capitalist im Luxus schwelgt, befinden sich die Dutzenden der Armut und des Elends. Es ist deshalb durchaus gerecht, das Capital die Kosten für die Abstellung des Uebels tragen zu lassen und bei Reparaturen der Kosten der Armenpflege die Einkommensteuer und Klassensteuer zu Grunde legen. Der Grundbesitz ist wahrlich genügend belastet. Die Vorschläge des Abg. Guist würden uns zu englischen Zuständen führen, die ich nur mit tiefstem Bedauern in Deutschland herrschen sehen würde. — Abg. v. Wallendorf: Ich will nicht gegen das Amendement Meyer polemisieren, das in diesem Hause schwerlich Annahme finden wird. Für uns handelt es sich lediglich darum, annähernd das billigste Verhältniß zu finden. Dabei kommt nun aber die sehr viel stärkere Belastung des Grundbesitzes in Anspruch. Die Einkommensteuer beträgt 3 Proz., die Grundsteuer 9 Proz. des Einkommens. Dies Verhältniß annähernd auszugleichen, ist doch wohl ein Versuches werth, wie er im Amendement Schorlemer gemacht ist. — Abg. v. Bethusy-Buc: Meine Ansicht ist in dem gründlichen und wissenschaftlichen Vortrage des Abg. Guist vollständig wiedergegeben. Die Armenpflege ist eine Versicherung vor Arbeitsmangel, folglich eine mitbringende Communalcapitalanlage (Heiterkeit). Die Frage ist keine Frage des Herzens oder der christlichen Kirche, sondern eine wirtschaftliche. Der Arbeiter wird sich vorzugsweise in den Districten ansiedeln, wo er im Alter gegen Mangel geschützt ist. In der Hebung des Verkehrs, der dadurch entsteht und dem Grundbesitz vielfach zu Gute kommt, hat derselbe ein Aequivalent für die Opfer, die er bringt. Hüthen Sie sich vor dem Dünkel, daß der Grundbesitz seine Lasten unberechtigterweise auf die erwerbenden Klassen abwerfen will! — Das Amendement Meyer wird abgelehnt, ebenso der Antrag Schorlemer's. (Einige Mitglieder der katholischen Fraction stimmen mit den Liberalen.) § 10 wird in der Fassung der Commission angenommen.

Deutschland.

Berlin, 2. Febr. Die neueste „Provinzial-Correspondenz“ führt in einem Artikel, überschrieben „Zum Frieden“, aus, Deutschland könne von der Wiedervereinigung des Elsaß und Deutsch-Lothringens mit Straßburg und Metz mit Deutschland als Bürgschaft gegen weitere Bedrohung und Vergewaltigung nicht ablassen. Es kann Frankreich nicht erpart bleiben, Deutschland auch in finanzieller Beziehung für die gewaltigen Opfer zu entschädigen, welche unserm Volke durch den freventlich heraufbeschworenen Krieg angesetzt worden sind, und es liegt auf der Hand, daß in dieser Beziehung die Rechnung des deutschen Volkes seit den Septembertagen bedeutend angewachsen ist. Abgesehen von dem Erlaß der

unmittelbaren Kriegskosten, sowie der im Gefolge des Krieges dem Staate erwachenden Aufgaben und Verpflichtungen, wird es sich nothwendiger Weise um die Mittel zu mannigfachen im Rechte und in der Billigkeit begründeten Entschädigungen handeln. Je mühsamer unser deutsches Volk den Aufschwung seines Wohlstandes erringen muß, je leichter im Gegentheile Frankreich die Folgen vorübergehender Nothstände zu überwinden vermag, desto weniger wird Deutschland auf den vollen Ersatz seiner Opfer und Schäden beim Friedensschlusse verzichten können. Deutschland werde indeß seinerseits auch beim Friedensschlusse nicht vergessen, daß die beiden benachbarten Völker ihre Ehre und ihr Streben nicht auf einen dauernden Zwiespalt und Kampf, sondern auf einen höheren, edleren Wettkampf in gemeinsamer Förderung der Völkerwohlfahrt und der geistigen Entwicklung zu richten haben. Das Höchste, was aus der Frieden bieten könnte, wäre neben der unmittelbaren Sicherung Deutschlands die beiderseitige feste Gründung dieses tieferen Bewußtseins in den beiden großen Völkern und damit die Grundlegung eines echten, dauernden Friedens.

— [Abgeordnete n. h.] Der in der Sitzung vom 8. Februar von dem Finanzminister eingebrachte, telegraphisch bereits erwähnte Gesetzentwurf lautet: „§ 1. Der Finanzminister wird ermächtigt, dem Bundeskanzler die Mittel zur Bestreitung der durch die Kriegsführung entstehenden außerordentlichen Ausgaben der Militär- und Marine-Verwaltung bis zur Höhe von fünfzig Millionen als ein durch Zinsen und Resten zu erstattendes Vorschuß zur Verfügung zu stellen. § 2. Zur Anschaffung der erforderlichen Geldmittel können durch Anordnung des Finanzministers verzinste Schatzanweisungen bis zur Höhe von fünfzig Millionen ausgegeben werden, welche spätestens am 1. Juli 1871 verfallen. § 3. Die Ausfertigung der Zinsen und die Tilgung der Schatzanweisungen erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 4 und 6 des Gesetzes vom 28. Sept. 1866. § 4. Ueber die Ausführung des Gesetzes ist dem Landtage in nächster Session Rechnung zu geben.“ Die vom Finanzminister mitgetheilten Motive sagen, da das deutsche Reich seit dem 31. December 1870 ohne verfassungsmäßige Vertretung ist, welche um die Creditbewilligung angegangen werden kann, müsse die preussische Landesvertretung inzwischen um die Creditbewilligung gebeten werden, um, wenn es nöthig sein sollte, den Krieg bis aufs Aeußerste fortführen zu können. — Ein Antrag des Abg. Schellwitz und Genossen, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs bezüglich der Vereinfachung resp. Herabsetzung des Kosten-Liquidationsverfahrens zu ersuchen, wird fast einstimmig angenommen, nachdem die Regierung dazu ihre Bereitwilligkeit erklärt. — Außerdem beschloß sich das Haus mit dem Bericht der Geschäftsordnungs-Commission über ein Schreiben der Abgeordneten Ahlemann und Krüger vom 18. Januar. Referent beantragt, das Haus wolle beschließen, daß, so lange beide Abgeordnete die Eidesleistung verweigern, dieselben ihre Sitze im Hause nicht einnehmen können. Abgeordneter Krüger will das Wort ergreifen, der Präsident will ihm dasselbe jedoch nach der Sachlage nicht ertheilen und procedirt einen Beschluß des Hauses über. Letzteres beschließt die Nichtzulassung zum Worte und nimmt fast einstimmig den Commissionstransfer an, worauf die Abgeordneten Krüger und Ahlemann erklären, daß sie ihre Mandate niederlegen. — In der Sitzung am 9. d. nahm das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung der gerichtsarztlichen medizinischen oder sanitätpolizeilichen Geschäfte zu gewöhnlichen Gebühren, nach den Beschlüssen der Commission an. — Das Gesetz, betreffend die Marktstandsgelder, wird, nachdem die ersten 4 Paragraphen angenommen sind, wegen Fassung des § 5 an die Commission zurückgewiesen. — Das Gesetz wegen des Eisenbahnbaues von Hanau nach Offenbach wird angenommen, dazu auch ein Antrag des Abgeordneten Glaser, nach welchem die Hälfte des Staatszuschusses von 4 Mill. im Jahre 1871, der Rest im Jahre 1872 ausgegeben werden soll.

— Die „Kreuzzeitung“ meldet, daß die Mittheilung von dem beabsichtigten Rücktritt des Kriegsministers unbegründet sei.

— Der „Daily Telegraph“ enthält eine Mittheilung, wonach die deutschen Autoritäten folgende Friedensbedingungen aufstellen: Abtretung von Elsaß und 60 Quadratmeilen von Lothringen incl. Metz, Erhaltung der Kriegskosten im Betrag von 1 1/2 Milliarden Thlr., Ersetzung des der Schiffahrt angefügten Schadens mit 30 Millionen und Schadloshaltung der ausgetriebenen Deutschen mit 40 Millionen Thlr.

— Dem „Daily Teleg.“ wird aus Versailles berichtet: Der Kaiser wird Versailles am 4. März verlassen und über Minden und Magdeburg nach Berlin zurückkehren, nachdem er zuvor wahrscheinlich fünf Tage in den Tuilerien gewohnt hat. Die ganze Belagerungsarmee wird durch den Arc de Triomphe, die Avenue Ubrich (früher de l'Impératrice), die Rue Rivoli und die Rue St. Antoine marschiren. Alle Häuser zu beiden Seiten dieser Durchgangslinie werden von ihren Bewohnern geräumt und von preussischen Truppen besetzt werden. — Ferner wird demselben Blatte gemeldet: „Wenn Bismarck sich vor der Beendigung des Waffenstillstandes nicht ergeben habe, werde die Erfüllung der Stadt erfolgen. — Die Priser Forts sind Deutschland so armirt worden, daß die Stadt binnen sechs Stunden zusammengebrochen werden kann. — Graf Bismarck ist unwohl.“

— In manchen Correspondenzen aus Versailles ist vielfach von einer bevorstehenden Verlängerung des Waffenstillstandes die Rede. Nach den der „N. Br. Zig.“ zugehenden Mittheilungen dürfte eine Entscheidung hierüber nicht früher getroffen werden, als bis sich erkennen läßt, in wie weit die gewählte Nationalversammlung wirklich Chancen für den Friedensschluß darbietet.

— Was man sich in Paris erzählt über die erste Unterredung Bismarck's und Favre's, ist folgendes: Als Jules Favre in Versailles eintraf, sagte ihm der Kanzler: „Sie kommen ein wenig spät aber doch zeitig genug, um mich von einigen Unbequemlichkeiten zu befreien. Zunächst von Belästigungen der Clique der Kaiserin Regina, dann von anderen Vorschlägen, die mir von Verzeur gekommen, von einem Herren Talhouët, von den Herren Daru, Changanier, hinter welchem sicher Thiers steckt. Ich ziehe vor, mit Ihnen direkt zu verhandeln, ogleich Sie mich in den Depeschen, die Sie veröffentlichten, nicht geschont haben. Aber ich gestehe, nach unserer Zusammenkunft

in Ferrrières könnten Sie nicht mit mir zufrieden sein. Damals — ich verhehle es nicht — war es die Absicht König Wilhelms, der nur mit dem Kaiser Napoleon zu verhandeln, der ja kurz vorher durch ein so entscheidendes Plebisit eine neue Weiche erhalten hatte. Man wollte, nachdem man mit ihm die Friedensbedingungen festgesetzt hatte, ihm seine gefangene Armee wiedergeben, indem man ihm überließ, nach seinem Belieben seine Rechte in Frankreich zur Geltung zu bringen. Aber wir sind seitdem über die öffentliche Meinung unterrichtet worden. Die Energie des Widerstandes belehrte uns, daß die Nation ihre Regierung überlebt hat und wir haben zudem erfahren, daß die ungeheure Mehrheit der Gefangenen mehr geneigt ist, den Kaiser zu fölliren, als ihn zu unterstützen. Man hat sich darauf entschieden, mit Ihnen zu verhandeln.“

— Wie aus München, 12. Februar, berichtet wird, hat Graf Bismarck den Repräsentanten Deutschlands im Auslande eine vertrauliche Depesche zugefertigt, durch welche er die Regierungen von den Friedenspräliminarien in Kenntniß setzt. Nach demselben erhält Deutschland die abzutretenden Landestheile frei von Schulden.

— In Sachen der Offizierschen scheint man nicht auf die helfende Hand warten zu wollen, welche die Fortschrittspartei bietet. Der „Berliner“ schreibt man aus kompetenter Quelle: Auf hiesigem Kriegsministerium gingen mehrere Pensiongesuche von Offizierswitwen ein, über deren Vertheilung mit preussischen Offizieren die amtlichen Listen keinen Ausweis gaben. Es fand sich aber, daß die betreffenden Offiziere mit Umgehung der ausdrücklichen Vorschrift geheiratet hatten. Weitere Erörterungen ergaben eine Reihe von Fällen, und zwar der Mehrzahl nach Fälle, in denen die Genehmigung von Allerhöchster Stelle aus ganz entschiedener Ver sagt worden wäre. Sie betrafen Verhältnisse, die nicht bloß die Vermögenslosigkeit zum Grunde der Genehmigungsverweigerung gehabt haben würden. (Doch wohl nicht etwa den sogenannten „niederen Stand“) Der Kaiser hat ursprünglich nur eine Aberkennung der Legalität dieser Ehen und ihrer civilrechtlichen Folgen gemächelt, so daß der Gattenweg offen geblieben wäre. Die Veranlassung zu der bedauerlichen Form der Verordnung und ungeeigneten Wahl der Zeit fällt Beamtens außerhalb Berlins zur Last und es hat diese Wahl der Form und Zeit auch innerhalb höherer militärischer Kreise eine ähnlich Aufnahme wie im Publikum gefunden, nur daß man beim Militär das völlerliche Wohlwollen des Kaisers gerade gegen das Offizier-Corps so gut und dankbar kennt und hoch zu schätzen weiß, daß man auch in diesem Falle die hohe gütige Bestimmung des Kaisers lebhaft vertheidigt. — Die Justizcommission des Abgeordnetenhauses hat die Beratung des Jagengesetzes verlagert, weil das Kriegsministerium hierbei vertreten zu sein wünscht und zunächst Informationen aus Versailles, telegraphisch gefordert, einholen will.

— Wie verlautet, ist die Formation der gesammten Reichsarmee im Gange. Für das künftige dreizehnte Armeecorps sind die württembergischen und hessischen Truppen in Aussicht genommen.

— Die Stadt Düsseldorf hat dem Generalabsch. der Kronprinzlichen Armee, Generalleutnant v. Blumenthal, das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Oesterreich.

Wien, 8. Febr. Die „Wiener Zig.“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile ein kaiserliches Handschreiben an den Justizminister, wodurch für alle bis einschließlich 7. Februar begangenen politischen Vergehen sowie für alle Preßvergehen die Amnestie ertheilt wird. — Die Prinzessin Leopoldine von Coburg ist gestern gestorben. (W. L.)

— 10. Febr. Die „Wiener Zig.“ bringt ein Handschreiben des Kaisers an den neuen Ministerpräsidenten Graf Hohenwart, durch welches der Reichsrath auf den 20. d. einberufen wird. (W. L.)

Schweiz.

Bern, 8. Febr. Bern hat gegenwärtig das Ansehen eines Waffenplatzes. Zu der abgetretenen französischen Infanterie sind verschiedene Corps Chasseurs, Escadrons und Genarmen hinzugekommen. Mit den französischen Truppen sind zugleich auch einige deutsche Gefangene eingetroffen, welche die Schweiz an Deutschland gegen eine gleiche Anzahl Franzosen an Frankreich ausliefert. Die Kriegskasse der D'Armee, die 1 1/2 Millionen beträgt, wurde heute der Bundeskasse in Verwahrung gegeben. Die französische Regierung sandte 62 Waggonen mit Lebensmittel für die Internirten. — 10. Febr. Die Evacuation der internirten Franzosen von der Grenze nach dem Innern wird heute beendet. Die definitive Gesamtzahl der Gefangenen beträgt zwischen 65,000 und 66,000 Mann. (W. L.)

Belgien.

Brüssel, 11. Febr. Ein hier an vielen Orten angeschlagenes, von Cont unterzeichnetes Placet befragt: Die hier in den Straßen verlaufende Proclamation Napoleons sei falsch. Die Befolgung der Fälscher sei angeordnet. — Nach der Indebendanz haben schon 50,000 Personen Paris verlassen, 10,000 weitere sind um die Erlaubniß dazu gekommen, das Gymnase und Bendeville-Theater hin wieder zu eröffnen. (W. L.)

Schweden.

Stockholm, 9. Febr. Der König ist seit einigen Tagen erkrankt; gutem Vernehmen nach ist die Krankheit nicht bedenklich, doch dürfte die Wiederherstellung einige Zeit in Anspruch nehmen.

Stockholm, 11. Febr. Die Continentalpost ist seit acht Tagen ausgeblieben. (W. L.)

England.

London, 9. Febr. Die Königin, welche gestern in Windsor eingetroffen ist, hat heute das Parlament mit einer Thronrede eröffnet, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: „Die Regierung drückt ihr tiefste Bedauern über den zwischen zwei Nationen, welche mit England durch Allianzen und Freundschaft verbunden sind, herrschenden Conflict aus; sie hofft, daß der Abschluß der Feindseligkeiten eingetreten sei; es sei das unangenehmste Bemühen der Regierung gewesen, ihren Einfluß zu Gunsten des Friedens auszuwenden. Die Regierung werde im Vereine mit den anderen neutralen Mächten bestrebt sein, daß aus dem Waffenstillstand der Frieden erwache. Mit Bezug auf die orientalische Frage sagt die Thronrede, daß die Conferenzen ein zufriedenstellendes Resultat verheßen. Die Unterhandlungen mit der Regierung in Washington ließen einige Geneigtheit entdecken, die Differenz mit Canada in praktischer Weise zu besprechen. Man hoffe, daß die Beilegung derselben auch die Lösung der anderen unbesetzten Fragen, welche zwischen den Vereinigten Staaten und

England nach Schweben, herbeiführen werde. Bezüglich der Maßnahmen der innern Politik kündigt die Thronrede den Entschluß der Regierung an, den in der letzten Session vorgenommenen Reformen, namentlich bezüglich der irischen Verhältnisse und des Volksschulwesens vorerst Zeit zu lassen, ihre Wirkungen zu äußern und ihren Bestand zu sichern, und in der gegenwärtigen Lage womöglich jeden Anlaß zu politischen Diskussionen zu vermeiden.

— Die Sitzung der Pontusconferenz am Dienstag dauerte über 5 Stunden. Die nächste Sitzung ist noch nicht bestimmt. Die „Morningpost“ bestätigt die Mittheilung der Thronrede, daß innerhalb der Conferenz volle Einigkeit bestehe; eine friedliche Verständigung sei zweifellos. — Die Morgenblätter drücken ihre lebhafteste Befriedigung über den Rücktritt Gambetta's aus und hoffen auf baldigen Frieden. — Das auswärtige Amt hat eine Depesche Jules Favre's an Lord Granville aus Paris den 3. Februar empfangen. Der Erstere dankt darin für die Sendung von Lebensmitteln. Es heißt in jener Depesche: „Erlauben Sie mir, hierin eine Gewähr für die Einigkeit zu setzen, die alle Völker zu gegenseitiger Hilfe verbinden soll, anstatt daß sie sich kämpfend auslöten. Paris trifft sich mit dem Gedanken tren erfüllter Pflicht und mit den Beweisen der Achtung und Sympathie.“

— 9. Febr. Unterhaus. Der Staatssekretär des Krieges, Cardwell, kündigt die Vorlage betreffend die Heeresorganisation für nächsten Donnerstag an. Hierauf folgt die Adreßdebatte. Disraeli tabelt den Mangel an Energie seitens der Regierung und insbesondere, daß sich die Regierung, als Gortschakoff seine Depesche in der Pontus-Angelegenheit erlassen hatte, an Preußen, einen Nicht-Militär, um Rath gewandt habe. Gladstone vertheidigt hierauf die von der Regierung besetzte Politik der Neutralität und Nichtintervention. Die englische Regierung habe den König von Preußen gebeten, Paris nicht zu bombardiren. Der Minister appellirt schließlich in entscheidener Weise an das Vertrauen des Hauses. Die Adresse wurde hierauf ohne Abstimmung angenommen. — Im Oberhaus beantragte die Lords Westminister und Rosebery, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten. Lord Richmond tabelt in gemäßigter Weise einzelne Stellen der Thronrede und insbesondere den Umstand, daß die Sitzungen der Pontusconferenz ohne Anwesenheit eines Vertreters Frankreichs abgehalten wurden. Lord Granville erklärt hierauf, die Regierung sei ernstlich bemüht gewesen, strenge unparteiische Neutralität aufrecht zu erhalten. Bezüglich der Conferenz habe Frankreich den Zutritt derselben gebilligt, und es würden die Beschlüsse derselben erst nach Beendigung des Krieges in Vertragskraft treten. Lord Granville hofft auf ein baldiges Ende des Krieges, und theilt mit, daß sowohl von England als von Nordamerika je fünf Commisare zur Schlichtung der zwischen beiden Staaten schwebenden Streitfragen ernannt worden seien. Die Adresse wurde hierauf angenommen. (W. L.)

— 10. Febr. Die Municipalität von London hat heute die Summe von 2000 Pfd. St. zur Unterstützung für Paris gesammelt. Der Lord Mayor zeigt an, daß der Nothstand in Paris noch immer fortbauere. (W. L.)

— 11. Febr. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird die von der Regierung angelegte Vorlage eine Vermehrung des Effectivstandes der Armee um 19,980 Mann u. d. eine Erhöhung des Armeebudgets um 2,886,700 Pfd. St. beantragen. (W. L.)

Frankreich.

Ueber die Wahlen sind Nachrichten in Fülle eingelaufen, nur ist aus den Namen der Gewählten nur in den wenigsten Fällen auf den Partisandpunkt zu schließen. Soviel scheint sich aber bereits mit Sicherheit zu ergeben, daß die Mehrzahl der Gewählten für den Frieden ist. In verschiedenen Departements müßten Nachwahlen stattfinden. Thiers ist u. a. 18 Mal, Trochu 7 Mal, Chaganier und Gambetta 4 Mal, Jules Favre 3 Mal u. s. w. gewählt. Die Mitglieder der Regierung der nationalen Vertreibung werden die Nationalversammlung mit der Erklärung eröffnen, daß sie ihre Aufgaben mit dem Zusammentritt der Vertreter des souveränen Volkes als erfüllt ansehen und von den Geschäften zurücktreten würden, sobald sie von ihren Handlungen Rechenschaft gegeben. Man hofft, auf diesem Wege die unmittelbare Bildung einer Executiv-Commission zu vermeiden und die Friedensverhandlungen in der Hand zu behalten.

Bordeaux, 8. Febr. Der Minister des Innern, Arago, hat ein Circularschreiben an die Präfecten gerichtet, worin er dieselben daran erinnert, daß in Gemäßheit der Gesetze vom 4. April 1832 und 6. Juni 1848 solche Personen, die den Familien angehören, welche in Frankreich regiert haben, nicht wahlfähig sind. Durch Dekret vom 7. Februar 1871 ist diese Bestimmung auch auf die Familie Bonaparte angewendet. Der Minister fordert die Präfecten auf, bei der Vornahme der Wahlen strenge darüber zu wachen, daß diese Bestimmungen genau beachtet würden.

— 10. Febr. General Leslo ist hier eingetroffen und hat die Leitung des Kriegsministeriums übernommen. — Clemieux hat seine Entlassung gegeben, verließ jedoch, wie es heißt, seine Functionen bis zur Constituirung der Nationalversammlung. Dorian soll die definitive Entscheidung über die Rückzahlung oder Fortdauer des Handelsvertrages mit England der Nationalversammlung vorbehalten werden. — Bourbaki ist vollständig außer Gefahr, seine Wunde am Kopf beginnt langsam zu vernarben. Etienne Arago soll mit einer Mission nach Italien betraut werden.

Italien.

Florenz, 9. Febr. Die Deputirtenkammer hat von dem Gesetze, betreffend die dem Papste zu gewährenden Garantien, die beiden Artikel angenommen, welche ihm eine Dotation gewähren und ihm die Ehrenrechte eines Souveräns, sowie das Recht, eine Leibgarde zu haben, einräumen. — Das Finanz-Comité hat die Vorlage, betreffend das finanzielle Uebereinkommen mit Oesterreich, angenommen. — 11. Februar. Die Deputirtenkammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Beratung über den Gesetzentwurf bezüglich der Garantien für den Papst fort. — Ministerpräsident Lanza vertheidigte den Artikel 7 der Regierungsvorlage und sprach sich gegen das von der Commission beantragte Amendement aus, wonach in gewissen Fällen der hohen Gerichtsbarkeit gestattet sein solle, daß sich ein Gerichtsbeamter in die päpstlichen Gebäude begebe, um daselbst sein Amt zu handhaben. Man möge die Gewissheit der Katholiken beruhigen, welche im Falle der Annahme des vorgeschlagenen Amendements die dem Papste und dem im Conclave versammelten Cardinä

Heute Vormittags 10 Uhr wurde meine liebe Frau Emilie, geb. Witte, von einem gesunden kräftigen Jungen glücklich entbunden.

Mag, den 11. Februar 1871.

Meine liebe Frau Marie, geb. Unbe-
scheid, wurde heute früh 7 Uhr
von einem Knaben glücklich entbunden.
Wiesbaden, den 8. Februar 1871.

Ohne besondere Meldung.
Die Verlobung meiner Tochter
Marie mit dem Holzhändler u. Kauf-
mann Herrn Wilhelm Siecke be-
reitet sich allen Verwandten, Be-
kannten und Freunden hiermit er-
gebenst anzuzeigen.

Danzig und Berlin,
den 12. Februar 1871.
Johanna Siecke,
geb. Danziger.

Als Verlobte empfehlen sich:
Marie Siecke,
Wilhelm Siecke.

Codes-Anzeige.
Sanft entdies an 12. d. Mts.,
Morgens 6 Uhr, nach kurzem Leiden
meine innigst geliebte Gattin, Mutter,
Schwiegmutter, Großmutter und
Schwester, Frau Charlotte Nagel,
geb. Laubon, in ihrem so eben vo-
llendeten 63. Lebensjahre. Dieselbe für
uns so schmerzlichen Verlust zeigen wir
allen Freunden und Bekannten hier-
durch ergebenst an.
Die Hinterbliebenen.

Statt jeder besonderen Meldung.
Nach sehr schweren Krämpfen entdies
heute früh 5 Uhr unser lieber freundlicher
Vater, den wir sehr schmerzlich vermissen.
Wir betrauern seinen Verlust tief und bitten um
stille Theilnahme.
Insel Küche b. Mewe, 11. Febr. 1871.
A. Neubner nebst Frau.

Dem Frauen-Verein Carthaus, namentlich
der Vorsteherin, Frau Landrath Maue,
sagt die 111. Compagnie Bataillon Neustadt
für die so reichlich überschickten Liebesgaben
herzlichsten Dank.
Bessencourt, 4. Februar 1871.
Der Compagnieführer.
Bischoff.

In dem Concurse über das Vermögen
des Kaufmanns Marcus Kaminski
zu Briesen ist zur Anmeldung der Forderungen
der Concursgläubiger noch eine zweite
Frift bis zum 20. März 1871 einschließ-
lich festgesetzt worden. Die Gläubiger,
welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet
haben, werden aufgefordert, dieselben, sie
mögen bereits rechtskräftig sein oder nicht,
mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu
dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder
zu Protokoll anzumelden.
Der Termin zur Prüfung aller in der
Zeit vom 9. Dezember 1870 bis zum Ablauf
der zweiten Frist angemeldeten Forderungen
ist auf

den 17. April 1871,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Commissar Herrn Kreisrichter
Gregor im Verhandlungszimmer No. 1 anberaumt
und werden zum Erscheinen in diesem Ter-
mine die sämtlichen Gläubiger aufgefordert,
welche ihre Forderungen innerhalb einer der
Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich ein-
reicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer
Anlagen beizufügen.
Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm
Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der
Anmeldung seiner Forderung einen am
hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei
uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten
bestellen und zu den Acten anzeigen.
Wer dies unterläßt, kann einen Beschluß
aus dem Grunde, weil er dazu nicht vor-
geladen worden, nicht anfechten.
Denjenigen, welchen es hier an Bekann-
schaft fehlt, werden die Rechtsanwalte
Preuschhoff, Justiz-Rathe Knorr und
Schmidt zu Culm zu Sachwaltern vorge-
schlagen.

Der einstweilige Verwalter, Justiz-Rath
Rehbein von hier, ist zum definitiven Ver-
walter der Concursmasse bestellt.
Culm, den 28. Januar 1871.

Königl. Kreis-Gericht.
I. Abtheilung. (418)

In dem Concurse über das Vermögen des
Handelsmanns Reinhard Sommerfeld
zu Unislaw werden alle diejenigen, welche an die
Masse Ansprüche als Concursgläubiger machen
wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche,
dieselben mögen bereits rechtskräftig sein
oder nicht, mit dem dafür verlangten Vor-
recht bis zum 8. März cr. einschließ-
lich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzu-
melden und demnach zur Prüfung der sämt-
lichen innerhalb der gedachten Frist ange-
meldeten Forderungen, sowie nach Befinden
zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-
personals, auf

den 18. März 1871,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem Commissar Hrn. Kreisrichter Sp Lett
im Verhandlungszimmer No. 1 des Gerichts-
gebäudes zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird
geeignetenfalls mit der Verhandlung über
den Accord verfahren werden.
Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht,
hat eine Abschrift derselben und ihrer An-
lagen beizufügen.
Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm
Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der
Anmeldung seiner Forderung einen am
hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei
uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten
bestellen und zu den Acten anzeigen.
Wer dies unterläßt, kann einen Beschluß
aus dem Grunde, weil er dazu nicht vor-
geladen worden, nicht anfechten.
Denjenigen, welchen es hier an Bekann-
schaft fehlt, werden die Rechtsanwalte
Preuschhoff, Justizrath Knorr u. Schmidt
zu Culm zu Sachwaltern vorgeschlagen.
Culm, den 8. Februar 1871.

Königl. Kreis-Gericht.
I. Abtheilung. (419)

In dem Concurse über das Vermögen des
Kaufmanns Louis Meyer zu Briesen
werden alle diejenigen, welche an die
Masse Ansprüche als Concursgläubiger ma-
chen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre An-
sprüche, dieselben mögen bereits rechtskräftig
sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vor-
recht bis zum 20. März 1871 einschließ-
lich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzu-
melden und demnach zur Prüfung der sämt-
lichen innerhalb der gedachten Frist ange-
meldeten Forderungen, sowie nach Befinden
zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-
personals, auf

den 19. April 1871,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem Commissar, Herrn Kreisrichter Gre-
gor im Verhandlungszimmer No. 1 des Ge-
richtsgebäudes zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird
geeignetenfalls mit der Verhandlung über
den Accord verfahren werden.
Jugleich ist noch eine zweite Frist zur
Anmeldung bis zum 10. Mai 1871 ein-
schließlich festgesetzt, und zur Prüfung aller
innerhalb derselben nach Ablauf der ersten
Frist angemeldeten Forderungen Termin auf

den 7. Juni 1871,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem genannten Commissar anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termine wer-
den alle diejenigen Gläubiger aufgefordert,
welche ihre Forderungen innerhalb einer der
Fristen anmelden werden.
Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht,
hat eine Abschrift derselben und ihrer An-
lagen beizufügen. Jeder Gläubiger, welcher
nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz
hat, muß bei der Anmeldung seiner Forde-
rung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder
zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmäch-
tigten bestellen und zu den Acten anzeigen.
Wer dies unterläßt, kann einen Beschluß
aus dem Grunde, weil er dazu nicht vor-
geladen worden, nicht anfechten.
Denjenigen, welchen es hier an Bekann-
schaft fehlt, werden die Rechtsanwalte
Justizrath Knorr, Schmidt und Reh-
bein zu Culm zu Sachwaltern vorgeschlagen.
Culm, den 7. Februar 1871.

Königl. Kreis-Gericht.
I. Abtheilung. (421)



**Tilsit-Insterburger
Eisenbahn.**

Tüchtige Werkstätten-Schlosser und Metall-
arbeiter finden sofort lohnende Beschäftigung
in der Eisenbahn-Werkstätte zu Tilsit.
Bezügliche Meldungen sind an den Vor-
stand derselben zu richten.
Tilsit, den 10. Februar 1871.

Die Eisenbahn-Betriebs-
Direction.

So eben erhielt wieder eine reichhaltige
Auswahl Photographien der letzten
Berliner und hiesigen Kunst-Ausstellung und
lade zur gefälligen Ansicht derselben hiermit
höflichst ein.

Constantin Ziemssen,
Buch-, Kunst- und Musik-Handlung,
Langgasse No. 55.

Bureau
für
Landesvermessungen und
landwirthschaftliche
Meliorationen
zu
Spremberg i. Laus.

Ausführung von Drainage, Wiesenbau,
landschaftl. Taxarbeiten, Chaussee- u.
Eisenbahnbau; Vorarbeiten für Berg-
werksunternehmungen etc. — Prospekte
und technische Auskunft gratis.

Frankfurter Stadt-Lotterie.

Die Erneuerung der Loose zur 3. Klasse
(Ziehung den 15. Februar) bringe ich in Er-
innerung. Einige Loose sind noch vor-
handen. — Dombau-Loose à 1 R.
G. B. Schindelmeyer, Hundegasse 30.

1. Damm 19,
vis-à-vis dem Herrn Upleger.

Mit dem heutigen Tage beginnt der Aus-
verkauf des zur
A. Rosenberg'schen
Concursmasse

gehörigen Waaren-Lagers von Herrn-
Garberoben
zu gerichtlichen Taxpreisen.

19. 1. Damm 19.

Das Lager besteht aus einer großen
Partie Sommer- und Winterleber-
ziehern, Beintleibern, Westen, Jaquets, schwar-
zen Tuchröden, Schlafröden und Regenröden,
sowie Capuzen, Shawlträger etc.
Alles laut gerichtlicher Taxe.

Eine Partie Stoffreste
spottbillig.

19. 1. Damm 19.

6 fette Ochsen
stehen in Fitchkau b. Carthaus
zum Verkauf.

Albert Reichgraeber,

22. Kohlenmarkt 22, der Hauptwache gegenüber,
empfiehlt sein Cigarren-Lager, Importen, wie
auch Hamburger und Bremer Fabrikate in reich-
haltigster Auswahl, wovon Erzeugnisse 1869^{er}
Ernte, in Qualität unübertroffen, ganz beson-
ders hervorhebe.

Rauch-, Schnupf- und Kautabake, nur
bestes Fabrikat, gebe an Wiederverkäufer mit
größtem Rabatt und berechne die allerbilligsten
Preise.

Erste Soirée für Kammermusik

im Saale des Gewerbehause
Sonntag, den 18. Februar 1871
unter gütiger Mitwirkung des Fräul. Bussenius und des Herrn Brunner.
Subscriptionslisten liegen aus in der Musikalienhandlung des Herrn Weber,
Langgasse. Programm in der Mittwoch-Nummer dieser Zeitung.
F. W. Markull. Fr. Laade. J. Merckel. (446)

Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Nachdem der
Kaufmann Herr J. Krause in Pelpin
die von ihm verwaltete Agentur der obigen Gesellschaft niedergelegt und der
Kaufmann Herr Anton Schäfer in Pelpin
dieselbe übernommen hat, empfehlen wir den letztgenannten Herrn zur Vermittelung von
Versicherungen hiermit bestens.
Königsberg, Februar 1871.
Die Haupt-Agentur
O. Hempel.

Aufruf.

Die ungewöhnliche anhaltende Kälte dieses Winters veranlaßt uns, gleich-
wie es bereits in anderen Städten geschehen ist, wieder die Mithätigkeit unserer
Mitbürger anzurufen, indem wir an dieselben die dringende Bitte richten,
uns unterweilt reichliche Mittel zur Beschaffung von
Brennmaterialien, welche unentgeltlich an die Armen ver-
theilt werden sollen, zu gewähren.

Der hohe Preis von Feuerungsmaterial macht es den Bedürftigen in die-
sem Jahre doppelt schwer sich ein warmes Zimmer zu verschaffen; die Noth unter
der armen Bevölkerung — besonders bei einzeln dastehenden Frauen und den
sogenannten verschämten Armen — ist schon jetzt in dieser Beziehung eine große.

Behufs angemessener Vertheilung der Marken, welche auf ein gewisses
Quantum Holz, Kohlen oder Torf lauten werden, beabsichtigen wir, wie im
vorigen Jahre, uns mit den städtischen Armen-Directionen, dem Armen-Unter-
stützungs-Verein, den Verwaltungen wohlthätiger Vereine und einzelnen in der
Armenpraxis erfahrenen Personen in Verbindung zu setzen.

Ueber das Resultat der Sammlungen und über die Verwendung der ein-
gegangen Beträge wird durch die öffentlichen Blätter Rechnung gelegt werden.
Das Amt des Cassirers und Rechnungsführers verwaltet der unterzeichnete
Petchow, Hundegasse 37, der die Beiträge entgegen nehmen wird.

Wir wissen wohl, daß in letzter Zeit unsere Mitbürger in reichlichem Maße
zu freiwilligen Gaben in Anspruch genommen worden sind, das darf uns aber
nicht abhalten, sobald ein wirklicher Nothstand vorliegt, immer wieder und wie-
der vertrauensvoll an den Wohlthätigkeitsinn unserer Mitbürger zu appelliren,
die noch niemals die richtige Antwort schuldig geblieben sind, wo es gilt unver-
schuldetes Leiden ihrer unbemittelten Mitbewohner zu lindern.

Danzig, den 4. Januar 1871.
Goldschmidt, Petchow, John Gibsons, Herm. Weinberg,
Albrecht, Kosmack.

Dr. Pattison's Gichwatte,

das bewährteste Heilmittel gegen Gicht und Rheumatismen aller Art, als: Gesicht-,
Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Gliederreizen, Rücken- und
Leidenweh u. s. w. In Packeten zu 8 Sgr. und haben zu 5 Sgr. bei:
(6470) W. F. Bureau, Langgasse 39.

C. Weitzel, Technicum Mittweida, Chemnitz, Director. technische Lehranstalt für Maschinenbau. Sachsen.

Anfang des Sommerkursus: 15. April
Prospecte werden gratis übersandt.

Die in der heutigen Nummer des Intelligenzblattes enthaltene Annonce,
betreffend die Vorstellung im Schützenhause ist irrthümlich aufge-
nommen und findet hiermit ihre Wiederrufung. Mit der gefälligen schloß
der Gehelns meiner Vorstellungen für hier, und sage ich für den zahl-
reichen gütigen Besuch nochmals meinen innigsten Dank.
Hochachtungsvoll
(443) H. Mellini.

Schreibunterricht für Er- wachsene ertheilt Wilhelm Fritsch.

Wohnung: No. 33 im Comtoir bis Nachmittags 3 Uhr.
20 bis 30 gute Spiritus-
Gebinde

wird von mir zur Erlernung der Laud-
wirthschaft zum 1. April d. J. gesucht.
Auf schriftliche Anfragen das Nähere,
Woynowo beim Bromberg.
(409) B. F. Bahm,
Rittergutsbesitzer.

Ein gebildetes Mädchen,

das die Schulaufgaben dreier Kinder ge-
wissenhaft zu beaufsichtigen versteht und
auch einige musikalische Kenntnisse besitzt,
wird als Bonne zum 1. April zu engagiren
gewünscht. Adresse mit Angabe bisheriger
Wirksamkeit unter 340 durch d. Exp. d. Z.

Neuen Holland. Cablian

empfeilt billigt
R. Schwabe, Langenmarkt
No. 47.

Ein Werber Grundstück, 2½ Hufe culmisch,
ist mit guten Bohn- und Wirthschafts-
Gebäuden auf 5 Jahre zu verpachten.
J. F. Franck, St. Cathrin.-Kirchenk. 3.

Die Administratorstelle in Bierzighufen ist besetzt.

Dominium Alonau b. Gilgenburg.
2 tücht. Müllergesellen
und 1 Hofmeister

(unverheirathet) werden zum sofor-
tigen Antritt gesucht durch Mühl-
besitzer Koenig, Mühle Damerkau
bei Neustadt W.-Pr. (405)

6 Instleute u. 10 Kutscher
werden zu Marien gesucht vom
(162) Gute Strippau.

Für eine Schnupftabak-Fabrik, deren Fa-
brikate, da sie ohne jede Beimischung
schädlicher Substanzen sich leicht einführen
lassen, wird für Danzig und Umgegend ein
tüchtiger Agent gesucht, welcher bekannt sein
muß und zufriedensstellende Referenzen gebe-
n kann. Offerten unter No. 92 erbittet man
in der Exped. d. Ztg.

Ein Sohn anständiger Eltern findet in
meinem Kurz- und Weißwaaren-Geschäft
eine Stelle als Lehrling.
(266) W. Sternberg in Elbing.

Einem Lehrling

mit genügenden Schulkenntnissen und guter
Handchrift, suchen
Richd. Dühren & Co.,
Danzig, Boggenpuhl No. 79.

Ein Landwirth, 25 Jahre alt großen Gü-
tern in verschiedenen Provinzen thätig
gewesen, mit guten Empfehlungen, sucht von
jezt oder später eine seinen Fähigkeiten und
Erfahrungen angemessene Stellung.

Näheres Auskunft ertheilt Kaufmann Herr
C. H. Doering in Danzig. (273)

Eine geprüfte Erzieherin, zugleich musi-
kisch, wird zum 15. April cr. für ein
Mädchen von 9 Jahren und zwei jüngeren
Knaben gesucht. Anmeldungen mit Befähig-
ung der Zeugnisse und Angabe der Bedin-
gungen werden bei Dr. Fetsow in
Prawitz bei Danzig entgegen genommen.

Unverheir. wirkliche Inspectoren gegen 100
bis 200 R. Gehalt suche ich in größerer
Anzahl.
Böhmer, Langgasse 5.

2500 R. sind zur 1. Stelle 6%ogleich,
unter Umständen am 1. April, direct zu be-
geben. Meld. unter No. 428 Exped. d. Ztg.

Heilgeheilig No. 93 ist die Comtoir-
gelegenheit, bestehend aus Vorder- u.
Hinterzimmer nebst Entree, zusammenhängend,
zu Ofern d. 2. zu vermieten. Näheres
Langgasse 29, 2. Et. hoch, im Comtoir.

Langenmarkt No. 17 ist die mit Wasserlei-
tung und Canalisation versehene 3. Etage,
bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Boden,
Keller und Zubehör sofort zu vermieten.
Näheres daselbst bei Herrn Kaufmann.

Langenmarkt 1 ist die erste Etage
vom April d. J. ab zu vermieten. (425)

Langenmarkt 30 ist das so-
fort zu vermieten. (4612)

Von den liberalen Wählern des Danziger
Kreises ist in der Versammlung am 24.
Januar zu der bevorstehenden Wahl zum
Reichstag

Herr Thomsen-Jeserich
als Candidat aufgestellt. Indem wir alle
ländlichen Wähler hiervon benachrichtigen,
eruchen wir sie zugleich, bei der Wahl nicht
zu fehlen und ihre Stimme für Herrn Thom-
sen abzugeben.

Das Wahl-Comité.
Die Vorstandsmitglieder unseres Vereins
werden ergebenst ersucht, sich zu einer
Sitzung Mittwoch, den 15. d. Mts., Vor-
mittags 11 Uhr, im „Englischen Hause“ zu
Danzig gefälligst einzufinden zu wollen.
Wichtig ist in die, den 11. Februar 1871.
Die Vorsitzende des Frauen-Vereins
des Danziger Kreises.

Aula des Gymnasiums.

Bierter Vortrag zum Besten der
Schülerbibliothek Mittwoch, den
15. d. M., Abends 7 Uhr. Herr
Dr. Lampe über:
Die musikalische Klangfarbe mit
Experimenten.

Turn- und Fecht-Verein.

Der wiederum eingefrorenen Gasleitung
halber muß die Turnstunde leider heut aber-
mals ausfallen.
Der Vorstand.

Handlungs-Gehilfen-Verein zu Danzig.

Montag, den 13. Februar cr., Abends 8
Uhr, im Gesellschaftshause Vortrag des
Herrn Ober-Post-Commissarius Schochow
über: Eine Dampfahrt um die Erde.
Nach dem Vortrag Bücherwechsel und
Mittheilungen über den bevorstehenden Be-
such einer industriellen Anstalt.
Gäste dürfen eingeführt werden.
Der Vorstand. (354)

Selonke's Etablissement.

Täglich Vorstellung und Concert.
Danziger Stadttheater.
Dienstag, den 13. Februar. (5. Ab. No. 9.)
Das Leben ein Traum. Schauspiel
in 5 Acten von Calderon.

Eine blautüchene Pelzdecke (schwarzer Pelz)
ist Sonntag Abend auf dem Wege von
Kneipab nach Groß-Waldorf verloren. Ge-
gen Belohnung Groß-Waldorf No. 2 abzu-
geben. Vor Anlauf wird gewarnt. (390)

Der Winter ist ein harter Mann; ich nehme
mich nach einem freundlichen Gruß! —
Redaction, Druck u. Verlag von A. W. Kafemann
in Danzig.
Hierzu eine Beilage.